

## 5 Inhalt

	Aktualisierung am 22.12.2015:.....	1
	„Lügenpresse“? – am Beispiel Weser-Kurier .....	2
	Kurze Zusammenfassung meiner Meinung: .....	3
	Entwicklung zu mehr Meinungsfreiheit und –vielfalt. ....	3
10	Alternativen zum WK? .....	4
	Weser-Kurier WK ein Beispiel für Verfall der Öffentlichkeit .....	6
	Fallbeispiele: .....	7
	Beispiel 1: Ältere zurück in die Städte:.....	7
	Beispiel 2: Darstellung des Städtetourismus.....	8
15	Methoden des WK.....	8
	Was uns der WK glauben machen will .....	8
	Faktencheck .....	9
	Tabelle: Gewerbliche Übernachtungen 2013 in den bevölkerungsreichsten Großstädten Deutschlands, soweit Zahlen vorliegen: .....	10
20	Schlussfolgerung .....	16
	Statistischer Anhang .....	17

### Aktualisierung am 22.12.2015:

25 Diesen Beitrag hatte ich nach der ausdrücklichen Aufforderung des neuen Chefredakteurs des WK, Moritz Döbler, mit ihm zu diskutieren, ihm mit dieser Absicht im März zugeschickt. Er antwortete mir damit, dass ich von der Wirtschaftsredaktion eine Antwort erhalten solle. Das ist dann inhaltlich nicht geschehen.

30 Am 20.12.2015 hatte ich dem Chefredakteur des WK, Moritz Döbler, per Mail dann mitgeteilt, dass ich von seiner Wirtschaftsredaktion keine inhaltliche Stellungnahme erhalten, und dass ich mich in einem anderen Beitrag zur Innenstadtpolitik und deren Verarbeitung im WK geäußert habe. Darin hatte ich mich auch mit seinem Kommentar auseinandergesetzt. Sieh auf dieser Homepage „City-Verschönerung ein Spaltpilz für die Stadtgesellschaft“. <http://www.bremer-verhaeltnisse.de/data/20151220.pdf>

35 Am 22.12.2015 erhielt ich postwendend eine Antwort. Darin bestätigte Moritz Döbler, dass der WK Kampagnenjournalismus bewusst betreibt, und dass er darauf beharrt, objektiv falsche Aussagen (d.h. hier die nach den Methoden der Volkswirtschaftslehre erkannten und erkennbaren Zusammenhänge außer Acht zu lassen), obwohl sie ihm bekannt sind, weiter zu propagieren. Insofern tritt man  
40 dem WK nicht zu nahe, wenn man ihn „Propagandaorgan“ und „Lügenpresse“ nennt.

## 5 „Lügenpresse“? – am Beispiel Weser-Kurier

Als „Unwort des Jahres“ 2014 wurde „Lügenpresse“ ausgewählt<sup>1</sup>. Die Vergabe dieses Titels wird in fast allen Medien verbreitet. Dem Titel wird dadurch eine hohe Bedeutung verschafft. In der Begründung schrieb die Jury, dass Medienkritik durchaus notwendig und erlaubt sei. Nur eine pauschale Diffamierung etwa, den Journalisten Bemühen um eine sachliche Berichterstattung abzusprechen, sei eben ungerecht und auch zu kritisieren – zumal dieser Begriff eine lange antideмократische Tradition in Deutschland habe.

**Anlass: Unwort des Jahres**

Nicht nur PEGIDA – Anhänger beklagen aber, dass in der Presse, allgemeiner gesagt in den Medien, verbreitete Nachrichten tendenziös und mit ihrer erlebten Wirklichkeit nicht in Einklang zu bringen seien. Sie vermuten, dass das auf Absprache mit den die Veröffentlichungen beherrschenden Kräften oder auf stillschweigendes Übereinkommen beruhe. Schließlich gebe es Verleger mit wirtschaftlichen Interessen, Abhängigkeiten der Journalisten von Gremien und ihren Arbeitgebern und nicht zuletzt von den ihnen Informationen gebenden Quellen, die selbst ja wieder Interesse hätten, in den Medien gut weg zu kommen. Journalisten könnten nicht ständig ihre Informationsgeber kritisieren, ohne nicht Gefahr zu laufen, dass ihre Quellen versiegen.

Andere weisen darauf hin, dass die Medien und Journalisten frei seien, das aufzugreifen und so zu berichten, was und wie sie es für richtig hielten. Wir hätten eine freie Presse und kein Journalist oder Verleger könne etwas unterdrücken oder gar bewusst falsch darstellen. Das würde sofort von anderen Medien kritisiert und richtig gestellt. Die Presse lüge also nicht willentlich, sondern irre sich allenfalls schon mal. Jeder könne schließlich auch eine Richtigstellung verlangen, wenn über ihn Unrichtiges berichtet werde und könne sich gegenüber Verleumdungen wehren.

Die Frage, ob in den Medien richtig informiert werde, ist so wichtig, weil niemand ohne mediale Vermittlung leben kann. Wir brauchen das mitgeteilte Wissen von anderen und müssen diesen Mitteilungen bis zu einem gewissen Maße trauen können, dass sie uns auch das Wesentliche vermitteln. Wir sind in der internationalen Arbeitsteilung eben real als Person oder mindestens als Wirtschaftssubjekt weltweit unterwegs und unser Leben und Schicksal hängt von den globalisierten Beziehungen ab – ich erwähne nur: Gas- oder Ölheizung, Windkraft im Norden – Abnahme der Elektrizität im Süden Deutschlands, weil Torf aus dem Teufelsmoor als nahe Energiequelle selbst für Bremen eben nicht mehr ausreicht. Und bei allem Bemühen, die Rüben vielleicht regional einzukaufen, wir können uns regional nicht mehr ernähren, oder sonst nur von regionalen Ressourcen leben, wenn nicht der Lebensstandard stark sinken soll usw. Wir brauchen Medien, die uns von Märkten, Personen, Institutionen, Gesetzen, Orten, Ereignissen usw. berichten und sie einschätzen, an denen wir selbst nicht sein oder an denen wir nicht teilnehmen bzw. mit denen wir nicht direkt kommunizieren können. Das gilt nicht nur für räumlich entfernte Tatbestände, sondern für alle Verhältnisse und Ereignisse auch in der Nähe, zu denen man keinen unmittelbaren Zugang hat. Verlässliche Medien sind daher eine Grundbedingung unseres menschlichen Daseins in einer arbeitsteiligen, hoch differenzierten Gesellschaft und insofern ein Grundrecht. Das gilt also nicht nur für das Recht auf freie Meinungsäußerung,

**Unabhängige Medien sind so wichtig wie klares, sauberes Trinkwasser**

<sup>1</sup> Das Unwort des Jahres 2014 wurde durch eine Professorin, drei Professoren aus verschiedenen Universitäten und einer Journalistin und einem Journalisten ausgewählt. 1246 Einsendungen mit 733 Wort - Vorschlägen gab es. Jedermann kann Vorschläge einreichen. „Putin-“, oder „Russlandversther“ wurden als Unworte zusammen 60 Mal vorgeschlagen. Die Jury hat sich für das Wort „Lügenpresse“ entschieden, das sieben Mal genannt wurde. Das Medienecho war gewaltig: Tageschau und die Bildzeitung, wie fast die gesamte Presse, brachten diese Nachricht und viele kommentierten sie auch wohlwollend. Gemessen an der realen Grundlage, - kleine Jury weitgehend durch Kooptation zusammengesetzte, relativ wenige öffentliche Beteiligung bei vielleicht 20 Mio. medienaktiven Bürgern, die sich alle hätten beteiligen können, und die Auswahl eines Wortes mit gerade mal sieben Nennungen – hat die Presse m.E. auch damit die Wirklichkeit in der Medienwirklichkeit verzerrt dargestellt. Eigentlich war das ein Nichtereignis. Es wurde von den Medien m.E. künstlich aufgeblasen.

5 sondern auch als Recht, solche Medien zu haben, die wahrheitsgemäß berichten. Sie sind fast so wichtig wie sauberes Trinkwasser. Deswegen spricht man ja auch im übertragenen Sinne bei böswillig verzerrter Berichterstattung von „Brunnenvergiftung“.

### Kurze Zusammenfassung meiner Meinung:

10 Beide Seiten haben Recht!

Einerseits: Die Berichterstattung der „freien“ Medien ist in vielen Fällen so einseitig, dass sie vom Wahrheitsgehalt und auf dem Glaubwürdigkeitsniveau von PR Äußerungen von Firmen oder Interessengruppen einzuordnen ist. Bei der Bildzeitung ist das ja schon fast sprichwörtlich. Aber auch beim Weser-Kurier ist das zu beobachten. Das ist von hoher Bedeutung, weil er zusammen mit seinen anderen Kopfblättern in der Region eine so starke Stellung hat, dass man fast von einem Monopolblatt sprechen kann, was die regionale Meinungsfindung in Bremen und umzu betrifft. Mit dem Weser-Kurier als Hauptmedium kann man sich nur schwerlich eine unabhängige Meinung bilden. Es wird in ihm zwar nicht prinzipiell oder systematisch „gelogen“, aber doch dauerhaft so einseitig berichtet und kommentiert, dass m.E. ein der Wirklichkeit völlig widersprechendes Abbild gezeichnet wird.

Andererseits ist auch die andere Meinung richtig: Es geht und ginge auch anders. **Wir haben rechtlich und tatsächlich eine (weitestgehend) freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit.** Es ist also nicht „systembedingt“, dass wir an vielen Stellen so einseitig unterrichtet werden. Die Journalisten brauchen nicht Veröffentlichungen von Firmen, Interessengruppen, Ämtern, Politikern usw. einfach zu übernehmen – auch wenn das einfacher ist und ihre Arbeit erleichtert. Sie sind also durchaus frei – wenn auch manchmal auf einem Arbeitsplatz oder in einem Medium nur einmal.

### Entwicklung zu mehr Meinungsfreiheit und -vielfalt.

Früher hätte man mit einigem Recht noch behaupten können, die Einseitigkeit sei „systembedingt“. Die Presse und die öffentlich-rechtlichen Medien hatten ein Oligopol mit System bedingter Seitenlastigkeit auf „den Kapitalismus“. Die Presse gehörte einigen hundert privaten Unternehmern, die die in ihren Medien geäußerte Meinung so steuern konnten, dass Ihre Anzeigenkunden nicht vergrätzt wurden. Deren prinzipiellen Interessen widersprechende Meinungsäußerungen wurde keine adäquate Chance zur Verbreitung gegeben (wobei sie durchaus Kritik an Verhaltensweisen von einzelnen Unternehmen zuließen).

40 Ein Korrektiv waren die Wochenzeitungen und Magazine, die schon mal andere Hintergründe durchscheinen ließen. Auch gab es in vielen Städten und Regionen konkurrierende Zeitungen, wie z.B. lange Zeit neben dem Weser – Kurier noch die Bremer Nachrichten. Die sind zu einem Kopfblatt des Weser-Kuriers geworden. Eine solche Einschränkung auf ein Leitmedium in einem Raum hat sich in vielen Regionen entwickelt.

Für die öffentlich rechtlichen Medien war diese Einseitigkeit anders gesichert: Solange es keinen Privatfunk gab, waren die öffentlich-rechtlichen Medien durchaus nicht „staatsfern“. Es dominierten in ihren Aufsichtsgremien vielmehr die Mehrheitsparteien. Sie verhinderten „extreme“ Meinungen. Später hat das Bundesverfassungsgericht diese Abhängigkeit der Rundfunkräte von den Mehrheitsparteien gerügt.

55 Weder alle Presseorgane noch alle Rundfunkanstalten waren überall zu beziehen oder zu empfangen. An einem konkreten Ort schrumpfte durch die Konzentration der örtlichen Zeitungsverlage und war die Zahl der empfangbaren Medien praktisch eng begrenzt – auch wenn man das Recht hatte, sich von überall her Zeitungen schicken zu lassen. Insofern hätte man durchaus von einer „Monopolpresse“ sprechen können.

**Weser-Kurier als ein örtliches Leitmedium informiert einseitig**

**Es ist nicht „systembedingt“, dass wir so einseitig unterrichtet werden. Meinungs- und Pressefreiheit besteht rechtlich und tatsächlich.**

**Korrektiv: Wochenzeitungen und Magazine**

**Früher existierte so etwas wie eine „Monopolpresse“**

5 Diese systembedingte einseitige Situation hat sich im Laufe der Zeit aber massiv abgemildert:

Das Herstellen von massenweisen Druckerzeugnissen wurde immer billiger. Viele konnten ihre Meinung mit Flugblättern verbreiten. Die Anti-AKW-Bewegung hat sich auch in der damaligen Medienlandschaft mit Flugschriften usw. durchgesetzt, obwohl damals die meisten Medien sich einseitig gegen diese – noch nicht etablierte – Meinung geäußert haben. Auch in der damaligen Medienlandschaft war es also möglich, sich eine eigene, den herrschenden Auffassungen und Interessen entgegengesetzte, Meinung zu bilden.

**Meinungsfreiheit – und –  
autonomie bestand auch  
damals.**

### Alternativen zum WK?

#### taz

15 Es wurde auch billiger, regelmäßige Publikationen herauszubringen. Als Ende der 1980er Jahre (glaube ich) einige in Bremen – ich auch – versuchten, eine örtliche Regionalausgabe der taz als alternative Tageszeitung zum dominierenden Weserkurier aufzubauen, da ist das daran gescheitert, dass es nicht genügend LeserInnen gab. Die Macher des Blattes haben mit einem bemerkenswerten Idealismus und für sehr wenig Geld gearbeitet – und haben sich dann auch vielfach abwerben lassen, auch weil es für sie keine Perspektive gab, dass man mit der Arbeit für die regionale taz seinen Lebensunterhalt hätte verdienen können. Allerdings haben die RedakteurInnen während der ersten Bremer rot-grünen Regierungskoalition die grünen Senatorinnen auch in einer z.T. albernen Weise medial unterstützt, dass sich kritische Geister entsetzt von der taz abwandten, weil auch bei der lokalen taz kritischer Journalismus zum Verlautbarungs- oder gar Jubeljournalismus verkam, der sich von den etablierten Zeitungen nicht mehr prinzipiell unterschied.

**taz wurde keine Alternative.**

#### Buten und Binnen

30 Das regionale Fernsehfenster von Radio Bremen in der ARD (RB) „Buten und Binnen“ war einige Jahre durchaus kritisch gegenüber den regierenden Parteien und Mächten. Als das Buten- und Binnenteam sich einmal vergaloppiert hatte, wurde es so vom Rundfunkrat gemäßregelt, dass es sich davon nicht mehr erholt hat. Die Leute, die ich kenne, sind sich darüber einig: „Buten und Binnen“ ist eine seichte Sendung geworden, die nicht mehr lohnt, sich anzuschauen<sup>2</sup>. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk stellt m. E. in Bremen auch kein Gegengewicht zum Weser-Kurier als unabhängiges Informationsorgan dar.

**Radio Bremen ist wohl  
auch keine.**

#### Magazinsendungen im Fernsehen

40 Aber die Medienvielfalt in Funk und Fernsehen ist viel größer geworden. Das erste waren die Piratensender, die das Oligopol der öffentlich-rechtlichen und der Sender von AFN und Radio Luxemburg durchbrachen. Sie zeigten, dass es finanziell möglich war, unabhängig vom Staatsrundfunk, Radio auszustrahlen. Dann kam der Privatfunk und das Privatfernsehen und die Rundfunkräte der öffentlich-rechtlichen Sender wurden etwas staatsferner besetzt. Es gibt jetzt Sender wie 3sat, arte, Phönix usw., die auch Minderheitenmeinungen Raum in der Medienlandschaft geben und dafür weit mehr Geld bekommen, als es ihrem geringen Anteil an Zuschauern entsprechen würde. Und auch in ARD und ZDF gibt es Magazinsendungen, die sehr kritische Beiträge liefern. Zusätzlich kam das Satellitenfernsehen auf, das die Macht der Funk- und Fernsehanstalten ein-

**Zunahme der Medien-  
vielfalt.**

<sup>2</sup> Sonst erschienen mir die Rundfunksendungen von Radio Bremen als Dudelkanäle. Was RB sendete, solange ich es mir anhörte, hatte nichts mit freier Meinungsäußerung zu tun und diente weder der Wissensvermittlung noch der (Meinungs-) Bildung. Was heute ist, dazu kann ich eigentlich zu wenig sagen, weil ich Radio Bremen fast nie mehr höre, nachdem ich mir vor Jahren dieses Urteil gebildet und RB nicht mehr auf meinen voreingestellten Sendern einprogrammiert habe. Auch RB scheint wegen seiner Finanzknappheit wie die Privatsender darauf aus, möglichst solche Inhalte zu senden, in deren Umfeld RB möglichst hohe Werbeeinnahmen verdienen kann. D.h. aber, in der jeweiligen Werbezielgruppe möglichst viele Hörer zu gewinnen. Und das funktioniert mit Duderndfunk anscheinend am besten. Daran zeigt sich u.a.: Die große Zahl will nun mal diese Art der Medienberieselung.

5 schränkte zu bestimmen, welche Sender man in einer Region empfangen konnte. Man kann also auch ausländische Sendern empfangen – und die sind ja nicht etwa alle einer Macht unterworfen – was immer der Plot des James Bond Filmes „Der Morgen stirbt nie“ suggerieren mag. Allerdings sind die Privatsender wie die Presse auf Einnahmen durch Werbung angewiesen. Und die werbende Wirtschaft setzt sich nun mal überwiegend aus privaten Unternehmen zusammen – deren Spektrum der zu tolerierenden Meinungsäußerungen, in deren redaktionellem Umfeld sie werben, durchaus begrenzt ist. Z.T. wird der redaktionelle Teil danach so konzipiert und geschrieben, dass eine günstige Umgebung für bestimmte Werbung geschaffen wird.

### 15 *Internet – der Durchbruch?*

Das Internet hat schließlich die Hürden, seine Meinung massenweise anderen mitzuteilen, fast vollständig geschleift. Es gibt zwar solche noch. Aber die Grenzen, in denen man sich hierzulande unbehelligt bewegen darf und kann, werden bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Die gesetzlichen und institutionellen Grenzen, die es weiterhin gibt, können nicht dafür herhalten zu begründen, wir hätten keine Meinungsfreiheit. Heute kann jeder seine Meinung ins Netz stellen. Und es kann sich rasend schnell herumsprechen, welche Seite man lesen „müsse“<sup>3</sup>. Dabei können auch Tatsachen in Wort und Bild weiter vermittelt werden. Das wird anscheinend auch so stark wahrgenommen, dass man in den arabischen Ländern vor ca. vier Jahren von einer Revolution der Face-Book Generation sprach, weil über die Sozialen Netzwerke die Darstellung in den zensierten öffentlichen Medien auf Grund belegbarer Quellen widersprochen und die eigene Wirklichkeitssicht verbreitet werden konnte. Was unter den sehr viel schwierigeren Verhältnissen der dortigen Diktaturen möglich war, das ist hier mit den viel weiteren institutionellen und finanziellen Grenzen längst möglich.<sup>4</sup>

Ob sich solche unabhängige Kommunikation und unabhängigen Seiten zu gesellschaftlich wichtigen Themen oder eine unabhängige Presse verbreiten, liegt hauptsächlich daran, ob die Menschen solche andere Medien haben bzw. wahrnehmen wollen.

### 35 *Möglichkeiten sind größer als Nachfrage nach kritischer Presse / Medien*

Meine Meinung ist: Die meisten Menschen hier wollten und wollen keine „objektiven“ Medien. Sie sind mit dem Gebotenen zufrieden. Wir haben im Großen und Ganzen die Medienlandschaft, die die Menschen haben wollen. Die viel größeren Möglichkeiten werden nur von wenigen wahrgenommen.

### 40 *Hierarchisches personales Denken*

Woran liegt es, dass die Menschen mit dieser Medienlandschaft zufrieden sind, obwohl es m. E. viele Mängel gibt? Meine Meinung dazu ist: Das Denken der meisten Menschen ist personell und hierarchisch organisiert – und nicht sachlich – fachlich. Es geht ihnen nicht darum zu wissen, was richtig, sondern darum, was angesagt ist und was die Oberen meinen. Daran orientieren sie sich. Deswegen wollen sie auch eigentlich nur das Spektrum der gegenwärtigen Möglichkeiten kennen, und die werden durch die vorhandenen Mächte und Mehrheiten bestimmt und begrenzt. Innerhalb dieser Grenzen bewegen sie sich nicht nur real, sondern auch gedanklich. Alles andere ist anstrengend, potentiell viel risikoreicher und konflikträchtiger. Man wird eben so lange als „mentaler Geisterfahrer“ oder, milder ausgedrückt, als „Querdenker“ gedanklich ausgegrenzt, bis Obere die bis dahin verpönten Gedanken aufgreifen. So lange vermeiden die meisten eine Anstrengung, sich gegen die Meinungen im Mainstream, von denen es ja auch jeweils etliche gibt, zu positionieren.

**Internet eröffnet breiten Zugang zur Öffentlichkeit. Möglichkeit der „Schwarmintelligenz“.**

**Möglichkeit ist aber nicht Wirklichkeit.**

**Nachfrage steuert Angebot.**

**Möglichkeiten werden nicht wahrgenommen**

<sup>3</sup> Einzelne YouTube – Filmchen sollen innerhalb eines Tages von bis zu einer Millionen Besuchern angeschaut werden.

<sup>4</sup> Gerade hat ein mit Handy aufgenommene Sequenz in den USA über Todesschüsse eines Polizisten die sonst mögliche Vertuschung unmöglich gemacht.

## 5 Interessen geleitetes Denken

Andererseits wollen viele in der Presse ihre Interessen gedanklich vertreten sehen. Dem entgegen stehende Äußerungen finden sie empörend und greifen verbal schnell zur großen Keule: z. B. „menschenverachtend“<sup>5</sup> Wenn den Interessen der jeweiligen Medienkonsumenten nicht entsprochen wird, dann ist das z.T. ein Anlass, den Medien zu misstrauen. Dann wird aber leicht auch das Kind mit dem Bade ausgeschüttet, indem alles, was den eigenen Vorstellungen widerspricht, als gefälscht oder manipuliert verstanden wird. Die eigene persönliche Erfahrung und der eigene Standpunkt wird so absolut gesetzt, dass es etwas Drittes, eine objektive, eine „richtige“ – auch andere Erfahrungen und Sichtweisen integrierende Auffassung – gar nicht mehr geben kann. Der Begriff „Gemeinwohl“ als integrierender Maßstab geht verloren.

### Medien stellen sich überwiegend darauf ein

Gerade deswegen kritisiere ich die Einseitigkeit der hier behandelten Presselandschaft, weil man sich nicht darauf verlassen kann, die Informationen zu bekommen, mit denen man sich eine eigene Meinung jenseits der eigenen Erfahrung bilden kann. Man muss sich bei den dargestellten Fakten immer fragen, ist das wirklich die ganze Story. Und die Arbeit, sich aus verschiedenen Quellen zu informieren, die Quellen jeweils einzuschätzen usw. ist so arbeits- und zeitaufwändig, dass kein normaler Mensch sich das leisten kann – schon gar nicht zu allen Themen. Diese Presse lügt zwar nicht, ist aber so wenig vertrauenswürdig, dass sie keine gemeinsame Basis für Tatsachenbehauptungen mehr bietet.

**Folge: Verfall „der Öffentlichkeit“ zu verschiedenen geschlossenen Meinungszirkeln**  
Wer einmal erfahren hat, wie manipulativ Leitmedien verfahren, der glaubt ihnen auch dann nicht mehr, wenn sie wahrheitsgetreu und umfassend berichten. Dann glaubt jeder lieber an seine eigene Wahrheit. Wenn das, was die Medien berichten, einseitig ist, dann ist eben das richtig, an was man selbst glaubt, oder was die eigenen Interessen gebieten – auch wenn das genauso falsch sein sollte, wie die veröffentlichte Meinung und das dargebotene Tatsachenbouquet. Ein Drittes, Richtiges gibt es dann gar nicht mehr. Sondern nur noch einerseits ein ich / wir und andererseits ein „die“ ... Anderen. So entstehen Zirkel, die sich um bestimmte Meinungen und Interessen scharen, weil sie daran glauben, nicht weil sie begründet wissen. Immer mehr lebt man in der Welt, trotz der so vielen verfügbaren Informationen, in getrennten Informationsclustern und abgeschlossenen Informationszirkeln, die sich untereinander kaum mehr verständigen können. Und die mächtigste Meinungszusammenballung ist eben die, die von den großen Medien ausgemalt wird, selbst wenn die darin enthaltenen Meinungen unbegründet sind. Sie leistet damit dem Verfall einer öffentlichen Diskussion, die von gemeinsamen Tatsachen ausgeht, Vorschub.

### Weser-Kurier WK ein Beispiel für Verfall der Öffentlichkeit

Mein Beispiel für diese These ist hier der Tourismus in Bremen, wie er vom WK dargestellt wird. Die gleiche Herangehensweise kann man von der Darstellung des Einzelhandels, insbesondere des City-Einzelhandels, der Darstellung der Wirtschaftspolitik insgesamt, der Frage im Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik, der öffentlichen Finanzen Bremens oder der Wirkung der Umlandwanderung auf die städtischen Finanzen im Weser-Kurier sagen. Wenn das bei diesen Informationsfeldern über Jahre so geht, in denen ich das beobachtet und mir die Mühe gemacht habe, mich unabhängig zu informieren und den Informationsquellen näher zu kommen, dann darf ich wohl annehmen, dass bei den anderen politischen Sachgebieten vom WK genauso verfahren wird. Soweit ich das nachvoll-

**Gemeinwohl als Maßstab geht verloren**

**Das erklärt vielleicht, entschuldigt den Mangel einer objektiven Presse aber nicht.**

**Unzuverlässigkeit führt zu Unglaubwürdigkeit.**

**WK betreibt Kampagnenjournalismus, keine aufklärerische Informationspolitik.**

<sup>5</sup> So z.B. eine Stellungnahme zu einer Verkehrsplanung in Bremen von jemanden, der von der Verkehrsplanung negativ betroffen wird. Auch wenn ich inhaltlich seiner Meinung prinzipiell zustimme, ist eine Verkehrsplanung, die einige Haushalte negativ betrifft, nicht gleich „menschenverachtend“, sondern vielleicht schlecht. Und die betroffenen Personen müssen entschädigt werden.

5 ziehen kann, betreibt dieses Monopolblatt für Bremen und umzu eher Kampagnenjournalismus, als ein Blatt zu sein, das der Information der Bremer Bevölkerung dient, als mit seinen Informationen Grundlage für eine aufgeklärte Landespolitik zu legen.

## Fallbeispiele:

### 10 Beispiel 1: Ältere zurück in die Städte:

15 Anscheinend allgemein hat sich in Deutschland durch die Medien die Mär verbreitet, die Älteren, über 65jährigen zögen wieder vermehrt zurück in die Städte. Sozusagen eine reuige Rückkehr der Umlandwanderer der 1970er und 1980er Jahre. Mit wem ich auch darüber spreche, alle sind der Auffassung, es zögen mehr Alte in die Städte als aus ihnen heraus. Dies ist das Gegenteil der Wirklichkeit. Nach wie vor ziehen mehr über 65jährige aus den Großstädten Deutschlands weg als in sie herein(siehe Tabelle am Ende)<sup>1</sup>. Ich habe die Umzugsstatistiken der Jahre 2001 bis 2013 für die 15 bevölkerungsreichsten Großstädte Deutschlands danach durchgesehen. Dabei habe ich die Umzüge in und aus dem Ausland heraus gerechnet, weil darin ja möglicherweise viele Ausländer mit erfasst werden, die nach ihrem Arbeitsaufenthalt in Deutschland für die Rente wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren. Im Ergebnis dieser ca. 190 Werte (nicht für alle Städte liegen die Daten vor), gibt es in westdeutschen Großstädten praktisch nur Fortzugsüberschüsse. Nur in einem Jahr gibt es in Berlin einen Zuzugsüberschuss. Und die beiden ostdeutschen Großstädte Dresden und Leipzig weisen in den Jahren, für die mir Daten zugänglich waren, Umzugsüberschüsse auf.

25 Auf diesen Widerspruch von veröffentlichter Darstellung zur Realität weist schon 2007 der Stadtentwickler Dr. Thomas Hauff aus Münster hin. Obwohl Münster nicht zu den 15 größten Städten gehört, über die ich Zahlen gesucht habe, sind nach seiner Darstellung in Münster die gleichen Strukturen der Umzüge zu beobachten, wie in den von mir angesehenen. Im Netz existiert eine Powerpointpräsentation von ihm zu diesem Thema:

[http://www.muenster.de/stadt/stadtplanung/pdf/fallstudie\\_muenster-zurueck\\_in\\_die\\_stadt\\_070522\\_beitrag\\_hauff.pdf](http://www.muenster.de/stadt/stadtplanung/pdf/fallstudie_muenster-zurueck_in_die_stadt_070522_beitrag_hauff.pdf)

30 Dr. Hauff kann sich dabei auch auf eine Umfrage der Stadt Münster in seiner Stadt und den Umlandgemeinden stützen. Er überlegt auch, warum in der Presse die Realität so falsch dargestellt wird. Er vermutet, dass es an den Interessen der Immobilienwirtschaft liegt, ihre relativ teuren sanierten Altbauten bzw. Pilotprojekte des Wohnungsbaus in der Stadt als hip oder trendy zu vermarkten. Er sieht das als einen Teil der Gentrifizierung der Städte oder doch zumindest eines Teiles davon. Und die Presse, die ja immer verzweifelter Anzeigen von der Wirtschaft braucht, weil gerade im Immobilienteil die Internetmarktplätze eine schon fast übermächtige Konkurrenz geworden sind, erklärt sich dann möglicherweise bereit, das fördernde redaktionelle Umfeld zu liefern. Die Presse wird mit solch einem willfährigen Verhalten aber tendenziell das, was schlechte Kapitalanlageberater schon tun und damit ihren guten Ruf verloren haben: Ihre relative Glaubwürdigkeit dahingehend zu missbrauchen, durch tendenziöse Informationen Fehlentscheidungen Vorschub zu leisten. Die Gefahr ist natürlich, dass Erfahrungen mit tendenziöser Fehlinformation sie sich den Ruf als „Lügenpresse“ selbst einhandelt. Obwohl also Dr. Hauff seine Richtigstellung ins Netz gestellt hat, hat die Presse seitdem nicht aufgehört von dieser Rückkehr der Alten in die Städte zu schreiben<sup>6</sup>.

<sup>6</sup>Unter „[Ratgeber – Immobilien](#)“ veröffentlicht z.B. die Hamburger Morgenpost einen Artikel (gefunden im Netz am 13.4.2015 aber ohne Datumsangabe) unter dem Titel **Von der Stadt aufs Dorf – und zurück** Von Sabine Richter, in dem u.a. die typischen Argumentationsketten genannt werden. Wieder natürlich nur als Zitat von anderen und in Form einer Reportage eines Einzelfalles. Und solche Reportagen von Einzelfällen können ja nie gelogen sein, wenn sie stattgefunden haben. Aber verknüpft mit generalisierenden Äußerungen eines Immobilienmaklers, der ja als Fachmann gelten kann, bekommen sie doch eine über den Einzelfall hinaus gehende Bedeutung. Und wäre ja auch vermessen, zu behaupten, so etwas gäbe es nicht. Nur ist es eben nicht der dominierende Trend beim Verhalten der Rentner und Pensionäre.

„Im Alter dreht sich dann aber das Spiel: Viele dieser Wegzügler kommen wieder zurück in die Stadt – wenn die Kinder aus dem Haus sind, die Wege zu weit, der große Garten zu mühselig geworden ist. Dann entdecken viele der Abwanderer das Stadtleben mit seinen kulturellen Angeboten und der Infrastruktur für sich neu. Diese sogenannten "Best Ager" sind eine stetig wachsende Nachfragegruppe für komfortable Eigentumswohnungen in urbanen Lagen, wie nicht nur die Immobilienvermittler bei Dahler & Company bestätigen.“

Oder Dietmar Treiber in Die Welt unter dem Titel „**Junge Alte ziehen zurück in die Stadt**“ vom 17.4.05: Deutschlands angehende Ruheständler tragen dabei wesentlich zu einem weiteren Trend bei: "Zurück in die Stadt" ist bei vielen angesagt, weil sie den späteren Lebensabschnitt nicht auf der "grünen Wiese", sondern "mitten im Leben" verbringen wollten.“ Oder WK vom 26.6.2013 S 1 unter der Überschrift: „Wohnungen für Senioren fehlen“ wird zitiert: „Ganz deutlich sei hingegen der Trend „zurück in die Stadt“ bei vermögenden Älteren. Sie ziehe es aus dem Umland nach Schwachhausen, Hastedt, Findorff und in die Neustadt.“ Oder am 30.8.2009 Kurier am Sonntag S 23: „Alle wollen **zurück in die Stadt**, in die kreativen Zentren, mit Kneipe und Kino gleich um die Ecke.“

## 5 Beispiel 2: Darstellung des Städtetourismus

Als Beispiel für systematische und andauernde einseitige Darstellung der Wirklichkeit durch die „Monopolpresse“ soll hier die Behandlung des Themas Tourismus als Wirtschaftszweig und in der Wirtschaftspolitik Bremens durch den Weser Kurier etwas näher beleuchtet werden. Das geht nur auf dem Hintergrund, dass dem Wirtschaftszweig und der darauf zielenden Wirtschaftspolitik von den Presseinformationen unabhängige Überlegungen gewidmet werden. Dafür bitte ich, meinen Beitrag auf meiner Homepage vom 24.1.2012 „Tourismusförderung in Bremen – Siegesmeldungen der Verlierer“ und darin insbesondere auch die lange Fußnote 1 zu lesen. Dort wird gezeigt, wie auch die scheinbar so fachlich-sachliche Wissenschaft mit hanebüchenen Methoden und Statistiken der Interessenpolitik bewusst Vorschub leistet. Dieses Machwerk wird dann wieder direkt oder indirekt von der Presse als Erkenntnis der Wissenschaft zitiert, aber nicht als Interessentenäußerung relativiert. Die meisten Bremer scheinen dann gerne an diese Märchen zu glauben. Die meinen folgenden Ausführungen zugrunde liegenden Beiträge auf dieser Homepage sind

[Tourismusförderung Bremen - Siegesmeldungen](#)

<http://www.bremer-verhaeltnisse.de>

sowie in

[Space Park aus wirtschafts- und finanzpolitischer Sicht.](#)

<http://www.bremerverhaeltnisse.de/data/20040211.pdf>

den Abschnitt zur Umwegfinanzierung öffentlicher „Investitionen“ für Freizeit und Vergnügen: Kapitel 3. Fiskalische Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte Bremens, Tabelle und Schlussfolgerung Seite 11.

## 25 Methoden des WK

Die Methode des Weser – Kuriers und seiner sonstigen Kopfblätter ist dabei immer wieder die gleiche: Menschen werden mit Aussagen zitiert oder von deren Aussagen berichtet. Es wird aber nicht nachfragt, ihnen Tatsachen gegenüber gestellt oder die Aussagen etwa kommentiert. So bleibt die Aussage scheinbar als Tatsache stehen. Damit enthebt sich der WK natürlich jedes Vorwurfes der Lüge oder Falschaussage, denn er hat ja nur wahrheitsgemäß berichtet, was jemand gesagt habe. Sollte das falsch, unvollständig oder einseitig sein, so läge das in der alleinigen Verantwortung der Person oder Institution, die man ja nur zitiert oder von deren Aussage der WK nur berichte habe. Und meistens werden die als „Fachleute“ zitierten Interessensvertreter ja auch als solche eingeführt. Wenn dann immer wieder nur eine Sichtweise kolportiert wird, dann ist das keine Lüge sondern eben nur bedauerlich, dass keine andere Meinung zur Verfügung stand. Und Kommentare des WK seien ja mit Namen gekennzeichnet und damit keine Äußerung, die dem Kriterium richtig oder falsch unterlägen. Im Sinne einer bewussten Falschaussage lügt der WK also nicht, im Sinne einer bewusst vereinsichtigten und damit verdrehten Wirklichkeitsdarstellung aber sehr wohl.

Und nun zu dem Beispiel Tourismus, wo diese Methode der einseitigen Beeinflussung systematisch angewendet wird:

**Methode nicht lügen sondern falsche suggerierende Meinung kolportieren und ihr nicht widersprechen.**

## Was uns der WK glauben machen will

Der Weser Kurier will uns anscheinend glauben machen:

1. Bremen wachse – dank der öffentlichen Anstrengungen – beim Städtetourismus überproportional zu vergleichbaren Destinationen.<sup>7</sup>
2. Beim Städtetourismus gehe es wesentlich um einen Freizeittourismus von Privatpersonen, der sich überwiegend auf Sightseeing, aufs Stadtbild, Straßenpflaster, Bauwerken, Museen, Events etc. bezöge.
3. Der Städtetourismus sei ein wichtiger autonomer Wirtschaftszweig, den städtische (Wirtschafts-) Politik wesentlich beeinflussen könne, indem sie sich auf die obigen Accessoires des städtischen Lebens konzentriere und dafür Geld ausbebe.
4. Städtetourismus trage wesentlich zu den städtischen Einnahmen bei.

<sup>7</sup> WK vom 4.2.2012: „Auch in Bremen boomt die Tourismus-Branche“



- 5 5. Öffentliche Ausgaben für den Tourismus seien „Investitionen“ im dem Sinne, dass sie sich über die Umwegfinanzierung erhöhter Steuereinnahmen selbst finanzierten und so zur Sanierung des Bremer Staatshaushaltes beitragen.
6. Vom Städtetourismus würden viele Menschen ihren Lebensunterhalt bestreiten.

## Faktencheck

10 Zu 1.

### Bremen wachse beim Städtetourismus überproportional<sup>8</sup>

15 In meinen Beitrag auf Bremer Verhältnisse vom 24.1.2012 „Tourismusförderung in Bremen – Siegesmeldungen der Verlierer“ habe ich schon an Hand der damaligen Statistiken dargelegt, dass der Städtetourismus in Bremen weder einen überproportionale Größe hat noch besonders stark wächst.

20 Damals konnte ich die Touristen-Statistiken bis 2010 auswerten. Jetzt geht das bis 2013. Aus denen ergibt sich, dass Bremen weiterhin, wie auch damals schon, in der Entwicklung der Übernachtungszahlen – die zentrale Statistik für das Thema Tourismus – eine ganz normale Entwicklung genommen hat. Bremen liegt bei der Höhe der Übernachtungszahlen wie üblich kurz über denen der in der Einwohnerzahl ähnlich großen Ruhrgebietsstädte Dortmund und Essen und ebenso in den Zuwachszahlen – während die von der Bevölkerung und Wirtschaftskraft kleineren Städte wie Dresden, Leipzig und Nürnberg schon vor langer Zeit mit ihren Übernachtungszahlen an Bremen vorbei gezogen sind. Für deren Entwicklung gibt es in den mir zugänglichen amtlichen Regionalstatistiken leider keine neueren Daten. Für Hannover liegen erst für 2008 Daten vor, so dass die Angaben über das Wachstum der Übernachtungszahlen für die Stadt gegenüber den anderen etwas nach unten verzerrt sind. Hamburg hat in den vergangenen Jahren einen mehr als zehn Mal so großen Zuwachs an Übernachtungszahlen aufzuweisen als Bremen: siehe Tabelle nächste Seite

**Übernachtungen in HB durchschnittlich**

---

<sup>8</sup> WK vom 31.12.2013 „Befeuert werden die boomenden Dezembermärkte vom steigenden Strom der Tagesausflügler, Gruppenreisen und von immer mehr skandinavischen Touristen.“ Oder 5.5.2014 „Große Tourismusveranstaltung. Die Welt zu Gast in Bremen“ ... „Nach einem bundesweiten Zuwachs bei den Übernachtungszahlen von Gästen aus dem Ausland im vergangenen Jahr stehen die Zeichen auch 2014 auf Wachstum. Im Januar und Februar gab es nach Angaben der Deutschen Zentrale für Tourismus ein Plus von 4,2 Prozent. 2013 war die Zahl um 4,5 Prozent auf 71,9 Millionen gestiegen. Bremen konnte für 2013 eine Steigerung von knapp 10 Prozent vorweisen und startete mit +11,7 Prozent im Januar und +18 Prozent im Februar noch besser in das laufende Jahr.“ Oder WK vom 10.9.2014 „Bremen lockt mehr Besucher. Bremen wird bei Besuchern immer beliebter. Im ersten Halbjahr 2014 lag laut Statistischem Landesamt die Zahl der Übernachtungen in der Stadt um 11,6 Prozent über der des ersten Halbjahres 2013“

5 **Tabelle: Gewerbliche Übernachtungen 2013 in den bevölkerungsreichsten Großstädten Deutschlands, soweit Zahlen vorliegen<sup>9</sup>:**

Bev. Rang	Stadt	Übernachtungen im Jahr 2013	Zuwachs seit 2007			
			Bev. Rang	absolut	Ø pro Jahr	
1	Berlin	26.942.082	1	Berlin	9.656.245	1.609.374
3	München,	12.894.504	2	Hamburg	4.137.774	689.629
2	Hamburg	11.484.453	3	München,	3.361.469	560.245
5	Frankfurt aM	7.498.881	5	Frankfurt aM	2.116.060	352.677
4	Köln,	5.077.192	6	Düsseldorf,	1.199.124	199.854
6	Düsseldorf,	4.244.733	7	Stuttgart,	613.833	102.306
7	Stuttgart,	3.200.473	4	Köln,	596.981	99.497
15	Nürnberg	2.666.932	15	Nürnberg	478.027	79.671
12	Hannover,	2.081.824	10	<b>Bremen Stadt</b>	<b>397.018</b>	<b>66.170</b>
10	<b>Bremen Stadt</b>	<b>1.708.711</b>	9	Essen,	378.806	63.134
9	Essen,	1.386.466	12	Hannover,	226.153	37.692
8	Dortmund,	1.028.940	8	Dortmund,	220.379	36.730
14	Duisburg,	430.052	14	Duisburg,	81.304	13.551

10 Nun habe ich im Archiv des Weser Kuriers geblättert. Fast jedes Jahr werden an Siegesmeldungen erinnernde Nachrichten auf die erste Seite des politischen und des Lokalteils vermeldet. Einige habe ich ja im besagten Beitrag auf meiner Homepage schon angeführt. Aber selbst wenn es – wie während der Wirtschaftskrise 2003 – mit den Übernachtungszahlen mal nicht aufwärts geht, wird daraus noch eine Siegesmeldung gemacht: Überall wird entlassen – nur eben in Bremen nicht!<sup>10</sup>

15 Zu 2.

**Beim Städtetourismus gehe es wesentlich um einen Freizeittourismus von Privatpersonen**, der sich überwiegend auf Sightseeing, aufs Stadtbild, Straßenpflaster, Bauwerken, Museen, Events etc. bezöge.<sup>11</sup>

20 Z.B. WK vom 4.2.2012 „Mit Kamera, Rucksack und Stadtplan bepackt laufen die Touristen durch Berlin, Hamburg, Stuttgart oder eben auch durch Bremen und kurbeln die deutsche Wirtschaft gehörig an.“ 31.12.2013 „Befeuert werden die boomenden Dezembermärkte vom steigenden Strom der Tagesausflügler, Gruppenreisen und von immer mehr skandinavischen Touristen.“

25 Hier wird also der behauptete Umsatz von 100 Mrd. € im Tourismus<sup>12</sup> in Deutschland in inhaltliche Beziehung zum Freizeittouristen in den Städten gebracht. Dabei ist der Städtetourismus von Privatpersonen als autonomes Freizeitvergnügen in Deutschland nur ein winziger Anteil der Tourismuswirtschaft. Die Tourismuswirtschaft umfasst ja u.a. auch z.B. den Umsatz von Reiseunternehm-

<sup>9</sup> Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder Stand 22.1.2015

<sup>10</sup> WK 29. Und 30.1.2003 S 9. Gleichzeitig wird aber wieder einmal für ein öffentlich zu finanzierendes es Großereignis getrommelt, Bremen soll sich als eine Europäische Kulturhauptstadt bewerben und schon dafür ein paar Millionen Euros ausgeben.

<sup>11</sup> WK 4.2.2012, oder 31.12.2013 „Befeuert werden die boomenden Dezembermärkte vom steigenden Strom der Tagesausflügler, Gruppenreisen und von immer mehr skandinavischen Touristen.“ Oder 5.5.2014 „Der Geschäftsführer der Bremer Touristikzentrale, Peter Siemering, führt die erneute Steigerung einerseits auf die wachsende Zahl an Hotels und den ungebrochenen Trend zu Städtereisen zurück. Eine wichtige Rolle spielten aber auch Großveranstaltungen wie Tagungen oder Kongresse, die Sylvette-Sonderausstellung in der Kunsthalle oder wiederkehrende Veranstaltungen wie die Sixdays oder jazzahead. „Immer stärker locken zudem Weihnachtsmarkt und Schlachtezauber Besucher nach Bremen, auch und vor allem aus dem Ausland“, sagt Siemering“.

Aussagen mit diesem Tenor lassen sich endlos zitieren.

<sup>12</sup> Was in dieser Zahl von 100 Mrd. € alles der Tourismuswirtschaft eingerechnet wird, wird nicht dargestellt und entzieht sich meiner Kenntnis – offensichtlich aber mehr als die Übernachtungszahlen des Beherbergungsgewerbes.

men wie TUI, die wesentlich auch Auslandsreisen verkaufen, von Reisebüros, beruflich bedingte Geschäftsreisen mit Übernachtungen, Urlaub an Stränden, auf Bergen und auf dem Bauernhof, den darauf bezogenen Verkehr und vieles Andere mehr. Der WK suggeriert also ein völlig falsches Bild, von dem was privater Städtetourismus für eine Bedeutung habe.

• Zu 3.

### Städtetourismus sei ein strategischer Wirtschaftszweig.

(Übernachtungsgewerbe und was sich daran anschließt).. Zitat: „Bremen. Der Tourismus wird für die Wirtschaft immer bedeutender, auch in Deutschland.“<sup>13</sup>

- Realität: Städtetourismus ist ein Wirtschaftszweig, der im Wesentlichen von der Entwicklung in anderen Bereichen abhängt und bestimmt wird. Er ist eine Folge der zunehmenden nationalen und internationalen Arbeitsteilung. Es müssen immer häufiger immer mehr weit auseinander arbeitende Menschen miteinander zusammenwirken, um ein Produkt oder eine Dienstleistung zu erstellen. 70 bis 80 Prozent der Übernachtungen sind gewerbliche / berufliche Übernachtungen. Sie entstehen nicht, weil jemand Herbergen anbietet, sondern weil jemand an einem Ort so lange zu tun hat, dass er nicht am selben Tag wieder an seinen Herkunftsort zurückkehren kann. Die Entwicklung hängt also wesentlich davon ab, welche Stellung eine Stadt in der Arbeitsteilung einnimmt. Die Metropolen dominieren daher wegen ihrer zentralen lenkenden Funktionen. Z.B. Hamburg ist der Zuwachs der Übernachtungszahlen in Hamburg als zentraler Metropole in Norddeutschland deswegen auch mehr als zehn Mal so groß wie in Bremen, obwohl die Einwohnerzahl nur die Relation von drei zu eins aufweist. Diese zentralen Entscheidungsfunktionen sind es, die die Übernachtungszahlen treiben. Irgendwelche Sightseeing und Events sind dem gegenüber ganz untergeordnete Reisegründe und sicher keine strategischen Instrumente, um Übernachtungszahlen zu treiben.

**Hotelübernachtungen abhängig von anderen Wirtschaftszweigen.**

• Zu 4.

### Städtetourismus brächte Gelder in die öffentlichen Kassen von Stadt und Land.

- Das stimmt in der Realität nicht. Nur 20 bis 30 Prozent der Übernachtungen in gewerblichen Übernachtungsbetrieben werden privat finanziert. Davon die Hälfte aus Anlass von Familienfeiern, Schuljubiläen, Sportereignissen und werden daher überwiegend aus Anlässen gebucht, die nichts mit den Sightseeing – Qualitäten des Ortes und seiner Erlebnisqualität zu tun haben. Also nur 10 bis 15 Prozent der Reisen mit Übernachtungen in Städten werden wegen der Erlebnisqualität der Städte (Baudenkmäler, Museen, Ereignisse etc. pp.) unternommen. In der Stadt Bremen sind das der Größenordnung nach 170.000 – 250.000 Übernachtungen. Diejenigen, die privat reisen, geben zudem deutlich weniger Geld aus, als Geschäftsreisende – einschließlich Hotelkosten ca. 80€ pro Tag. Davon sind ca. 30% Wertschöpfung in Bremen und umzu. So werden in Bremen 60 Mio. € Werte generiert. Davon landen ca. 1% als Abgaben der verschiedensten Art bei den öffentlichen Händen – mithin 60.000 € pro Jahr.
- Alle Welt weiß spätestens seit der Senkung der **Mehrwertsteuer** für Hotelübernachtung auf nur noch 7% durch den vorigen Bundestag, dass man in Hotels Mehrwertsteuer bezahlen muss, wie jeder ja auch den Mehrwertsteuersatz von gegenwärtig 19% auf die normalen Waren und Dienstleistungen kennt. Der WK hat m. W. noch nie darauf hingewiesen, dass diese Steuern – und das sind natürlich die wesentlichen, die mit Endverbraucherumsätzen gemacht werden – **nicht am Ort des Umsatz-**

**Mehrwertsteuer als Bundessteuer wird verschwiegen**

<sup>13</sup> WK 4.2.2012, Aussagen mit diesem Tenor lassen sich endlos zitieren.

5 **zes vereinnahmt werden.** Die Mehrwertsteuer ist eine Bundessteuer. Egal wo der Umsatz in Deutschland gemacht wird, die Mehrwertsteuer kommt in einen Bundestopf. Aus ihm werden die Gelder **nach einem Schlüssel** auf Bund, Länder und Kommunen **verteilt**, der wesentlich durch **die Zahl der Einwohner** geprägt ist – und eben nicht danach, wo der Umsatz gemacht wurde. Dieser größte Batzen an öffentlichen Einnahmen im Zusammenhang mit Tourismus – also auch die damit im Zusammenhang stehenden Warenkäufe – füllt die Kassen Bremens oder anderer Kommunen nicht im Verhältnis zur Größe des örtlichen Umsatzes in diesem Gewerbe.

- 10
- 15 ○ Die Lohn- und Einkommenssteuer, die am Wohnort der Beschäftigten eingenommen wird und daher auch im Prinzip von den Beschäftigten im Hotel- und Gaststättengewerbe gezahlt wird, wird immer weniger, weil ein immer größerer Teil der Beschäftigten in Handel, Gaststätten und Übernachtungsgewerbe unterhalb der zu steuernden Einkommensgrenze verdienen. Die direkt vereinnahmten Trinkgelder sind entweder steuerfrei oder werden kaum erfasst. Aber schon unter der bewusst falschen Annahme, dass alle Beschäftigten im Hotel-, Gaststätten- und Vergnügungsgewerbe nach Tarif bezahlt würden, flößen von den Umsätzen dieser Branchen nur ein Prozent des Umsatzes in die Steuereassen.
- 20
- 25 ○ In Köln hat eine Sonderauswertung ergeben, dass auch die Hotelbetriebe kaum zu den öffentlichen Einnahmen beitragen, dass die Gewerbesteuerabgaben und andere Unternehmenssteuern minimal seien.

**Löhne auf Existenzminimum werden nicht besteuert**

Der WK erwähnt im Zusammenhang mit seiner euphorischen Berichterstattung über Tourismus diese eher abtörnenden Tatsachen selten oder nie.

- 30
- Zu 5.  
**Großereignisse brächten zusätzliche Besucher und Einnahmen, die es rechtfertigen, diese mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen, die dann Investitionen genannt werden**<sup>14</sup>. Die Ausgaben für sog. Investitionen der öffentlichen Hände würden über sog. **Umwegfinanzierung** durch gestiegene öffentliche Einnahmen aus gesteigener wirtschaftlicher Aktivität finanziert. Sie trügen so zur Steigerung des öffentlichen und privaten Wohlstandes bei.
- 35
- Siehe dazu die Betrachtungen zur Sonderausstellung „Felder“ von van Goch in der Bremer Kunsthalle.
  - Genauso kann man sich auch ansehen, was im Zusammenhang mit der Weltausstellung Expo 2000 in Hannover nicht nur dort sondern auch in Bremen versprochen, getan und dann gehalten wurde. **Die Expo 2000 hat in der Endabrechnung ein Defizit von einer Mrd. DM eingefahren**, die sich Bund und Niedersachsen 1/3 – 2/3 geteilt haben. Niedersachsen hat bis 2012 seine Schulden daraus abgetragen.<sup>15</sup> Für die anderen 660 Mio. DM zahlen wir Bundesbürger wohl heute noch Zinsen. Es war auch vorher schon bekannt, dass die beiden Vorgängerinnen der Weltausstellung, in Sevilla 1992 und Lissabon 1998 ebenfalls umgerechnet hunderte von Millionen DM öffentlicher Mittel gekostet hatten, ohne nachhaltig Einnahmen zu generieren.
  - Aber auch **Bremen** hat damals offiziell den Glauben genährt, dass die Expo 2000 in Hannover Besuchermassen auch nach Bremen schwem-
- 40
- 45
- 50

**Expo 2000 Defizit für H, HB und DEL**

<sup>14</sup> WK 29. Und 30.1.2003 S 9. Z.B. wird für ein öffentlich zu finanzierendes Großereignis getrommelt, Bremen soll sich als eine Europäische Kulturhauptstadt bewerben und schon dafür ein paar Millionen Euros ausgeben.

<sup>15</sup> SZ vom 2.1.2003 S 5 „die Augen fest verschlossen“ „Expo GmbH löst sich auf“. Dabei wird nicht erwähnt, dass die Kosten für die öffentliche Hand bei ca. 10 Mrd. DM lagen, weil der Bund aus vielen anderen Töpfen mit vielen anderen Aufschriften geschöpft hat, so z.B. wurden viele Länderpavillons aus dem Entwicklungshilfe –Etat genommen.

5 men werde und der WK hat ohne jede Skepsis die Euphorie geschürt, indem sie jede der geplanten Maßnahmen mit allen Mondzahlen immer wieder publizierte. Es wurde von zusätzlich 240.000 Übernachtungen gefaselt<sup>16</sup>. Und der Weser-Kurier hat das getreulich kolportiert, ohne dem Wahnsinn ein kritisches Wort zu widmen. Es wurde in Bremen acht Projekte dafür angemeldet. Die meisten wurden dann aber zur Expo gar nicht fertig. Auch der Space-Park – unseligen Angedenkens – wurde mit der Expo 2000 begründet. Ebenfalls nahm das Rhodarium damals seinen Lauf und war nicht mehr zu stoppen, obwohl es auch damals nicht fertig geworden war. Heute ist es als „Botanika“ ein anhaltender Kostgänger des Haushaltes. Das gilt auch für das Jacobushaus – ein weiteres lastendes Erbe dieses Hypes. Der Beginenhof war ein weiteres Projekt, das in dem Zusammenhang gefördert wurde – und dann pleite ging und von der städtischen Gewoba übernommen wurde. Auch das Hansepanorama auf dem Teerhof wurde von Bremen mit Attraktion für Expo-Besucher begründet und weitgehend öffentlich finanziert. Die Schlachte als neue Gastronomie, die Lokalen an anderen Standorten in der Stadt öffentlich subventionierte Konkurrenz macht und in die Pleite treibt, nahm damals ihren Ausgang.

10  
15  
20  
25  
30 Real gab es im Jahr 2000 in Bremen, dem Jahr der Expo in Hannover, ca. 50.000 Übernachtungen über dem langfristigen Trend in Bremen. Auch wenn das Jahr 2000 ein wirtschaftliches Boomjahr war, und danach die Wirtschaft einbrach, und schon deswegen die Übernachtungszahlen wieder mal zurück gingen, - und in der Hochkonjunktur gibt es immer mehr Übernachtungen als in Jahren der Krise -, will ich dieses Mehr an Übernachtungen allein auf den Spin off der Expo 2000 zurückführen<sup>17</sup>. Dies hätte dann eine zusätzliche Wirtschaftsleistung in Bremen von ca. 1,2 Mio. € ausgelöst und einmalig zu öffentlichen Einnahmen von 12.000 € im Jahr geführt. Nicht mal ein Bruchteil auch nur der Planungskosten eines der Expo 2000 Projekte.

---

<sup>16</sup> WK vom 30.3.2000.

<sup>17</sup> Laut WK im Jahresrückblick auf das Hoteljahr 2000 wird selbst von der Hotellerie gesagt, dass der erwartete Expo Effekt in der Hotellerie ausgeblieben sei. 21.2.2001

- 5 ○ Jetzt 2015 geht das schon wieder los: Der WK bejubelt, dass Hamburg  
möglicherweise Olympia – Stadt werden könnte und hofft öffentlich, dass  
viele Gäste in Bremen übernachten könnten.<sup>18</sup> Es wurden schon bei der  
vorigen Bewerbungsrunde 2003, als dann Leipzig als Deutsche Bewerberstadt  
10 Hamburg vorgezogen wurde, Mondzahlen genannt. Wie damals wird heute schon wieder  
Hoffnung auf Vorrundenspiele in Bremen geweckt. Obwohl man doch vor den finanziellen  
15 Folgen von solch initiierten Großveranstaltungen gewarnt sein dürfte. In Rostock  
musste der Oberbürgermeister durch Rücktritt seiner Abwahl zuvorkommen, nachdem er  
mit der Landesgartenschau die gleichen Fehler gemacht hatte, wie vorher  
Brigitte Breuel bei der Expo 2000 und genauso Defizite für die öffentliche  
Hand zurückbehalten hatte.  
Wenn man bedenkt, wie wenig zusätzliche Übernachtungen es in Bremen  
im Jahr der Expo 2000 in Hannover gegeben hat – und Hannover liegt  
20 ziemlich gleich weit von Bremen entfernt und ist ähnlich gut verkehrlich  
angebunden wie Hamburg –, so kann man das als Vergleich durchaus  
heranziehen. Die Expo 2000 war allerdings ein halbes Jahr geöffnet, während  
die Olympischen Spiele nur sechs Wochen dauern – also nur etwa ein Viertel  
25 so lang. Also könnte man entsprechend mit ca. 12.500 zusätzlichen  
Übernachtungen während dessen in Bremen rechnen (die Hotelkapazität von  
Hamburg ist viel größer als es die von Hannover war. Und wie in London  
während der dortigen Olympischen Spiele, wurden die übrigen normalen  
Unternehmungen mit Übernachtungen eben verschoben bzw. verlagert, so dass  
in London während der Spiele m.W. die gewerblichen Übernachtungszahlen  
30 im Olympiajahr insgesamt zurück gingen.<sup>19</sup>)
- Auch im Umland von Bremen sind Projekte, die auf die Expo 2000 ausgerichtet  
waren, pleite gegangen. So die Bauausstellung auf dem Nordwolle-

**Ggf. Olympische Spiele  
das nächste Subventionsgrab**

<sup>18</sup> **WK vom 29.1.2003 S 9 (?)** Goldene Seite der Medaille Olympische Spiele in Hamburg könnten Bremer Tourismuswirtschaft 47,4 Millionen Euro bringen

Von unserem Redakteur Thorsten Waterkamp

Bremen. Der Weg zu den Olympischen Spielen 2012 führte gestern nach Bremen und war mit alltäglichen Unebenheiten versehen. Stau auf der A 1, mittendrin Reinhard Wolf – ausgerechnet er sollte das Verkehrskonzept für die Hamburger Olympiabewerbung vorstellen. Der Geschäftsführer der Handelskammer Hamburg kam dennoch rechtzeitig zur Präsentation vor Vertretern der Bremer Wirtschaft im Schütting und hatte Zahlen im Gepäck, die die Geschäftsleute aufhorchen ließen. 74 Tage vor der Wahl des deutschen Bewerbers um die Ausrichtung der Sommerspiele 2012 liegen Prognosen auf dem Tisch, welche wirtschaftlichen Wellen ein Elb-Olympia an der Weser auslösen könnte. Allein der Tourismus würde einem zehnprozentigen Anstieg der Gästezahlen ausmachen, sagte Wolf, der sich dabei auf Vergleichswerte von Sydney 2000 stützte. **„Die zusätzliche Wertschöpfung für Bremen“ betrüge demnach „47,4 Millionen Euro, davon 22,5 Millionen Euro“ in der Hotellerie. „Wir werden ausgebuchte Hotels in Bremen und Niedersachsen haben“, versprach Wolf**

Fakt ist, dass das IOC von den Bewerbern ein Kontingent von 42000 hochwertigen Hotelzimmern fordert – vor allem für die IOC-Familie, VIPs, Sponsoren und Medienvertreter. Nur gut ein Fünftel der gehobenen Unterkünfte, ganze 8850, ist für Zuschauer vorgesehen. Um überhaupt auf die IOC-Maßgabe zu kommen, wollen die Hamburger Olympiamacher 18 Kreuzfahrtschiffe anmieten. Die schwimmenden Edel-Hotels sollen direkt am Olympiazentrum mehr als 16000 Reisende aufnehmen. Das Gros der Besucher dürfte einfachere Varianten bis hin zu Schlafsälen in Turnhallen nutzen – oder aber Zimmer im Umland suchen. „Wir werden die Region brauchen“, machte Wolf den Wirtschaftsvertretern die touristischen Konsequenzen schmackhaft.

Umfangreich würde auch das olympische Verkehrskonzept sein. Autobahnen, Schnellzug-Verbindungen und Transrapid-Strecken stehen auf der Bedarfsliste. Allerdings „brauchen wir keine neuen Autobahnen, sondern nur das, was im Bundesverkehrswegeplan ohnehin vorgesehen ist“, sagte Wolf. Neu wäre die Magnetschwebebahn, die auf der Trasse Hamburg–Amsterdam auch Bremen als Bahnhof sähe.

Vor Reinhard Wolf war im Schütting bereits der Geschäftsführer der „Hamburg für die Spiele 2012 GmbH“, Horst Meyer, zum Zuge gekommen. Der Olympiasieger im Ruder-Achter von 1968 stellte das Bewerbungskonzept „Feuer und Flamme für Hamburg“ vor, das am 12. April die nationalen Konkurrenten Düsseldorf, Stuttgart, Leipzig und Frankfurt/Main ausstechen soll. Die Kosten für diese Bewerbung betragen sieben Millionen Euro, 4,57 Millionen Euro zahlt die Hamburger Wirtschaft. Für eine internationale Bewerbung wären 30 Millionen Euro fällig – „mit einer paritätischen Finanzierung zwischen der Stadt Hamburg und der Wirtschaft“, versicherte Reinhard Wolf.

Herzstück der Hamburger Bewerbung ist die Zentralität: In einem Umkreis von zehn Kilometern der Hamburger City sollen 90 Prozent aller Finalwettbewerbe stattfinden (wir berichteten). Eingebunden ist aber das gesamte Norddeutschland. Schwerin, Rostock, Hannover, Kiel und Bremen – hier sind an zwölf Tagen Vorrundenspiele im Volleyball und Fußball geplant – sollen ihren Teil vom olympischen Kuchen abbekommen. Sportlich und finanziell.

<sup>19</sup> Am 14.02.2015 kommentierte Maren Beneke im WK unter der Überschrift in der Reihe "Fünf Ringe für Bremen" mit der optimistischen Überschrift **„Kaum Risiko und gute Aussichten“**. Sie zitierte in dem Artikel dann aber doch auch ein paar skeptische Einschätzungen zu den Wirkungen, die Olympische Spiele wirtschaftlich hatten, und dass auch GB und London im wirtschaftlichen Saldo nichts von der Olympiade hatten. Ein Trick, gegen die erkennbaren Zahlen anzugehen, ist die Bewertung des Werbeeffektes in der ganzen Welt – die Steigerung des Bekanntheitsgrades der Region, der Stadt usw. – mehr als Behauptungen in Zahlenform sind das jedoch nicht.

5 Gelände in Delmenhorst. Die „Steukon AG“ als Träger dieser Maßnahme, ging pleite und belastete Delmenhorst, das dort öffentliche Mittel eingesetzt hatte,<sup>20</sup> ganz erheblich.

- o Dabei geht es auch anders und realistischer – siehe neuerdings Hamburg<sup>21</sup>: „Frankreich will sich keine Expo-Schulden aufbürden. Regierung sagt die Weltausstellung 2004 in Dugny ab. Paris (dpa). Für die Menschen in der Pariser Region Ile-de-France ist es ein schwerer Schlag: 21 Monate vor dem geplanten Beginn der Weltausstellung in Dugny nahe der Hauptstadt hat Frankreichs neue Regierung unter Premierminister Jean-Pierre Raffarin die Expo 2004 abgesagt. Schlechte Vorbereitung, ungesicherte Finanzierung und zu geringes Interesse der ausländischen Partner seien die wesentlichen Gründe für die Entscheidung, ließ Raffarin mitteilen.“ (WK vom 9.8.2002 S 4)

10 oder: Bad Iburg sagt Landesgartenschau ab, weil es zu teuer wird.<sup>22</sup>  
Dies waren jeweils aber nur winzig kleine Meldungen am Rande einer hinteren Seite im WK, während die euphorischen Werbeartikel meist auf der Titelseite oder bzw. und auf der ersten Seite des Lokalteils als Aufmacher standen.

- Zu 6.  
**Anzahl der Menschen, die davon ihren Lebensunterhalt bestreiten – davon leben. "Hier in Bremen ist der Tourismus einer der größten Arbeitgeber", sagt Lucas. "Knapp 29000 Menschen bestreiten ihren Lebensunterhalt aus ihm." WK vom 4.2.2012 ...**

- o Laut Statistischem Jahrbuch 2014 arbeiten in Bremen im Gastgewerbe 8.291 Personen Vollzeit und 3.521 Personen in Teilzeit von insgesamt über 300.000 Vollzeit- und etwa 80.000 Teilzeitbeschäftigten. Im Gastgewerbe sind m.W. auch alle Beschäftigte in Kantinen, Kneipen, Imbissstuben, Burgerketten, Restaurants, Pizzabringdienste usw. enthalten – also ein weit über den Bereich des Tourismus hinaus gehender Wirtschaftsbe-  
35 reich, der hier betrachtet wird<sup>23</sup>.

- o In der Realität können nur ganz wenige Menschen allein vom Einkommen aus dem Tourismus leben. Auch unter den Vollzeitbeschäftigten gibt es dann noch viele „Aufstocker“, deren Lohn nicht ausreicht, um ihren Lebensunterhalt damit zu bestreiten. Sie bekommen noch ergänzende Sozialhilfe von den Jobzentren. Aber es werden auch immer noch weniger in Vollzeit beschäftigt und immer mehr in Teilzeit. Im Übernachtungsgewerbe führte dieser Trend allein im Jahr 2013 zu minus 6,7% Vollzeitbeschäftigten bei plus 30,5 % Teilzeitbeschäftigten.<sup>24</sup>

- o Von 29.000 Menschen, die mit dem Tourismus in Bremen ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen, kann also keine Rede sein – es sei denn, Lucas definiert ganz eigenständig, wen er zum Tourismusgewerbe rechnet. Das lässt er uns aber nicht wissen. Sicher arbeiten für Touristen auch noch andere Personen z.B. im Einzelhandel. Aber das ist bestenfalls ein Nullsummenspiel: Bremer verreisen ja auch und geben Geld anderswo aus – und entziehen es damit dem unmittelbaren Bremer Geldkreislauf. Aber selbst wenn man das nicht gegenrechnet, sind die Ausgaben der Touristen in Bremen niemals so hoch, dass die Ausgaben dafür reichen

**Man kann auch nein sagen**

**Real ein Bruchteil im Tourismusgewerbe beschäftigt**

**Sie können vielfach von ihrem Einkommen nicht leben**

<sup>20</sup> WK vom 17.11.2000 S 19

<sup>21</sup> Die Hamburger haben in einer Volksabstimmung inzwischen mehrheitlich nein zu einer Olympia-Bewerbung votiert. Es ist wahrscheinlich ein Grund für die bessere Lage Hamburgs als der Bremens, dass die Hamburger Bürger etwas realistischer agieren als die Bremer. Die Bremer Verhältnisse zeichnen sich ja m.E. durch mindestens die Unfähigkeit der Institutionen zur Wahrheit aus. Das liegt vielleicht auch daran, dass diese Eigenschaften auch unter den Bürgern der beiden Hansestädte etwas unterschiedlich verteilt sind.

<sup>22</sup> Kleine Meldung im WK vom 21.3.2015

<sup>23</sup> Natürlich erfasst die amtliche Statistik nicht die Schwarzarbeiter. Aber das gilt natürlich in jedem Wirtschaftszweig.

<sup>24</sup> Statistisches Jahrbuch 2014 des Statistischen Landesamtes Bremen S 146

5 über die wenigen Tausend Personen im Übernachtungsgewerbe noch ca. 25.000 Personen in Handel, Gastronomie, Taxis, Dienstleistungen und für Veranstaltungen und Eintrittskarten zu beschäftigen.

### Schlussfolgerung

10 Im Ergebnis müsste man – wenn man nur den WK als Informationsquelle hat –, die riesigen Ausgaben, die von Bremens Politik mit der Förderung des Städtetourismus begründet werden, unterstützen und erwarten, dass die öffentlichen Einnahmen daraus mächtig steigen. In der Realität verliert Bremen damit viel Geld und Bremen verarmt mit dadurch, dass es mit öffentlichen Finanzen auf Kredit eine Entourage von Filzgesellschaften und Personen und Ämtern unterstützt.

15 Wenn die Tourismusbranche an diesen Einrichtungen interessiert wäre, müssten sie es als gemeinsame Anstrengung selber finanzieren – also für den Kongress-tourismus eine Kongress- und Ausstellungshalle selber finanzieren etc. pp.

20 **Nein, der Weser Kurier führt uns ständig in die Irre – auch wenn er nicht direkt lügt und ist Propagandaorgan für wenige Interessengruppen. Er vertritt nicht das Prinzip Gemeinwohl und kümmert sich nicht darum, die Bremer Leser mit umfassenden Informationen auszustatten, die ihnen erlauben mit einerseits – andererseits sich eine ausgewogene Meinung zu bilden.**



## 5 Statistischer Anhang

i

		Saldo der Umzüge über die Gemeindegrenzen der Personen im Alter von 65 J und älter innerhalb Deutschlands													
Stadt	Einwohner VZ 2011	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Berlin	3.292.350	-902	-712	-682	-986	-1.012	-739	-585	-587	-279	-200	127	-274	-663	
Hamburg	1.706.700	-1.500	-1.607	-1.459	-1.792	-1.555	-1.373	-1.240	-1.302	-1.441	-1.162	-1.206	-1.198	-1.330	
München	1.348.330	-1.780	-1.785	-1.218	-1.804	-2.205	-925	-1.684	-1.539	-1.398	-1.686	-1.655	-1.607	-1.518	
Köln	1.005.780	-628	-597	-775	-837	-626	-656	-747	-754	-606	-547	-645	-435	-600	
Frankfurt am Main	667.930	-909	-834	-794	-837	-768	-671	-678	-764	-711	-578	-513	-581	-630	
Düsseldorf	586.290	-651	-610	-417	-622	-564	-586	-551	-655	-607	-589	-529	-564	-502	
Stuttgart	585.890	-669	-559	-617	-554	-720	-700	-634	-733	-775	-406	-403	-531	-445	
Dortmund	571.140	-270	-381	-548	-408	-315	-402	-405	-344	-411	-407	-246	-373	-216	
Essen	566.210	-374	-471	-63	-438	-445	-386	-404	-387	-415	-283	-448	-300	-280	
Bremen, Stadt	542.710	-411	-426	-343	-304	-321	-319	-304	-223	-218	-176	-244	-280	-283	
Dresden	512.360	187	390	166	139	268	209	220	-	-	-	-	-	-	
Hannover	506.420	-	-	-	-	-	-	-	-	-345	-351	-356	-271	-470	
Leipzig	502.970	41	221	222	180	148	187	155	-	-	-	-	-	-	
Duisburg	488.480	-624	-609	-585	-461	-575	-583	-578	-494	-494	-367	-383	-337	-451	
Nürnberg	486.330	-44	-110	-120	-226	-119	-276	-115	-231	-152	-159	-241	-198	-283	
		Vorzugsüberschuss = -													
		Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Destatis, Auswahl aus der Tabelle 182-41-4, Zu- und Fortzüge nach Altersgruppen (über Gemeindegrenzen und Grenzen des Bundesgebietes) - Jahressumme - regionale Tiefe: Kreise und krfr. Städte, Wanderungsstatistik 2012 und 2015 Auswahl, Zusammenstellung und Berechnungen von R.D.													